

1938 – 2018: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Der Weg zur Auslöschung Österreichs!

1918 Gründung der 1. Republik als Folge des I. Weltkrieges. Begründung des Sozialstaats.

Ab den 1920er Jahren Angriffe auf die sozialen Errungenschaften, konservative Parteien reden ganz offen vom „Wegräumen des revolutionären Schutts“.

1927 (Faschistische) Heimwehren bringen Arbeiter um (Schattendorf) und werden von der Justiz freigesprochen, blutige Niederschlagung von Massenprotesten, Justizpalastbrand.

1930er Jahre Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Österreich, Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Elend.

1933 Ausschaltung des Parlaments und Abbau von sozialen Rechten, systematische Zerstörung der Demokratie durch Dollfuß (Austrofaschismus).

1934 Februar-Kämpfe mit mindestens 300 Toten – die austrofaschistische Regierung lässt das Heer auf die Arbeiter schießen, verbietet Arbeiterparteien und Gewerkschaften.

12. März 1938 Hitlers Einmarsch, Besetzung, Anschluss an Nazi-Deutschland und damit Auslöschung Österreichs – befördert durch den von Österreichs Eliten (Austro-

faschisten) betriebenen politischen und wirtschaftlichen Ausverkauf.

1. September 1939 Beginn des II. Weltkriegs (Angriff Deutschlands auf Polen), Österreicher marschieren an der Seite des Nazi-Regimes mit.

1939 – 1945 II. Weltkrieg, etwa 70 Millionen Tote, davon rund 600.000 Tote Österreicher.

1945 Befreiung Österreichs vom Hitler-Faschismus, Gründung der 2. Republik!

1955 erhält Österreich den Staatsvertrag und verpflichtet sich zur immerwährenden Neutralität als Ergebnis der schmerzlichen Erfahrung der ÖsterreicherInnen aus zwei Weltkriegen:

- **nie wieder** einen Anschluss an Großmachtspolitik,
- **nie wieder** einen Anschluss oder eine Beteiligung an Kriegspolitik zuzulassen.

1960er bis 1970er Jahre Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs und Ausbau des Sozialstaates.

Ab den 1980er Jahren schleichender Abbau des Sozialstaates.

Ab den 1990er Jahren offener neoliberaler Kurs gegen die arbeitenden Menschen.

2000 bis 2007 Politik und Industrie probieren es auch mit der Koalition aus Schwarz-Blau/Braun.

Seit 2007 Die Gewerkschafts- und SP-Führung setzen dem seither wenig entgegen und machen sich dadurch sogar zu neoliberalen Handlangern.

Und heute: Neautoritäre Politik im Demokratiegewand

2018 Die neoliberale Politik der letzten Jahre, besonders mit der jetzigen FPÖVP-Regierung, in der ganz offen die in der Nazi-Tradition stehenden deutsch-nationalen Burschenschaftler und die in der Tradition der Austrofaschisten stehenden CV-ler

und „Bauernvertreter“ den Ton angeben, hat massiven Sozialabbau im Namen von „Neue Gerechtigkeit“ im Auftrag und im Interesse der Industrie auf ihre Fahnen geschrieben.

Die Hetze, erst gegen Flüchtlinge und Ausländer, nun verstärkt gegen Arbeitslose, Notstands- und Mindestsicherungsbezieher usw. soll die Menschen gegeneinander ausspielen, Neid, Angst und Schrecken verbreiten und so weichklopfen, damit sie noch mehr Opfer, Gewalt und letztlich Krieg hinnehmen.

Zweck ist, von der weiteren Ausplünderung der Masse der ÖsterreicherInnen und der noch größeren Bereicherung der da oben, der 1% Superreichen, Konzernherren, Banken, Versicherungen abzulenken.

82% des Steueraufkommens (Lohnsteuer, indirekte Steuern, Massensteuern) zahlt die Masse der ÖsterreicherInnen. Die Konzerne mit ihren Milliardengewinnen hingegen hinterziehen ganz legal Steuern. Siemens, Google, Amazon und Co zahlen oft kaum Steuern. 1% der Bevölkerung, die Superreichen in Österreich, verfügen mit ca. 500 Milliarden Euro über gleich viel Vermögen wie die unteren 80% der Bevölkerung. Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten!

2018: Heute sehen wir einen gewaltigen wirtschaftlichen Ausverkauf Österreichs vor allem an Deutschland (= erneuter Anschluss).

Dazu kommt auch zunehmend die eklatante Verletzung und Aushöhlung unserer Neutralität! Wir werden praktisch immer mehr in die Militarisierungs- und Kriegspläne von USA / NATO / EU hineingezogen. Kriege werden heute unter dem Vorwand von Menschenrechten, Sicherung des Friedens, Bekämpfung von Terroristen, Schutz westlicher Werte usw. geführt.

Die Großmacht Deutschland, die weltweit viertgrößte Wirtschaftsmacht, will nun entsprechend ihrer Wirtschaftsgröße ihre Interessen auch militärisch direkt oder mit der NATO oder der EU durchsetzen.

Die Herrschenden in Österreich sind (schon wieder einmal) willfährige Handlanger Deutschlands: Unter Verletzung des Staatsvertrags und der Neutralität haben sie militärisch den Anschluss an das sogenannte Kerneuropa unterschrieben, die SSZ = die „Strukturierte Strategische Zusammenarbeit“ der EU.

Das bedeutet die aktive Teilnahme an den EU-Kriegsplänen, etwa Auslandseinsätze des Bundesheeres, militärische Kooperation, Mitfinanzierung von Militärinterventionen und Rüstungsprojekten, Steigerung des Rüstungsbudget etc.

Das ist alles völlig unvereinbar mit unserer Neutralität. Als Vorwand dieses Ausbaus des EU-Militärapparates und der Ausweitung der EU-Kriegspläne dient den Herrschenden die Hetze gegen und die Angstmacherei vor Flüchtlingen, Islam, Terrorismus.

Die nunmehrige autoritäre FPÖVP Regierung macht noch hemmungsloser und umfassender Politik fürs Kapital und gegen das Volk:

- zum Beispiel ist ja die neue Regierung auch gleich bei CETA umgefallen und hat es unterschrieben
- ihre zum Teil schon beschlossenen, zum Teil erst geplanten Maßnahmen, wie:
 - 12-Stunden Arbeitstag,
 - 60-Stunden Arbeitswoche
 - Kürzung des Arbeitslosengeldes
 - Abschaffung der Notstandshilfe
 - Kürzung der Mindestsicherung
 - Schwächung der AK
 - Abschaffen des Kollektivvertrags
 - Abschaffung der Jugendvertrauensräte
 - Reduktion der Betriebsräte
 - „Sparen“ bei den Pensionen und im Gesundheitswesen
 - die Pläne, die Sozialversicherung zu zerschlagen, damit Unternehmer Milliarden Euro mit privater Medizin machen können, usw.

All das bedeutet eine massive Verschlechterung der Existenzbedingungen der Masse der ÖsterreicherInnen.

Hinzu kommt ein immer stärkerer Angriff auf die Medien, die Meinungsfreiheit, auf die Justiz, auf Unternehmen der Republik durch Umfärbungen zum Zwecke der reinen Postenbeschaffung für Parteigänger – insgesamt ein immer stärkerer Demokratieabbau!

Die Regierung forciert den weiteren Ausbau des Überwachungs- und Polizeistaates wie es heißt zum Schutz vor Flüchtlingen und Terror.

Nach der neuen Sicherheitsdoktrin Österreichs soll es zu noch engerer Zusammenarbeit von Heer und Polizei kommen, ausdrücklich auch, um die Sicherheit im Land zu erhöhen. Eine Militarisierung also nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Und die Blauen sitzen in allen Sicherheitsministerien, das sind Justiz, Heeres- und Innenministerium und zudem unterstehen ihnen alle Geheimdienste.

2018 Heißt dies, dass 85 Jahre nach der Ausschaltung des Parlaments in Österreich, 84 Jahre nach dem Februar 1934 (bewaffnete, militärische Niederschlagung der Widerstand leistenden ArbeiterInnen, Verbot von Gewerkschaften und Parteien) sich der Staat also wieder darauf vorbereitet, Widerstand gegen seine Politik auch mit Gewalt zu unterdrücken?

2018 begeht Österreich im November den 100. Jahrestag der Gründung der I. Republik als Folge der massenhaften Ablehnung von Monarchie, Unterdrückung und I. Weltkrieg, als Folge der Revolution in Europa im Zuge dessen auch in Österreich durch eine kämpferische Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung jene sozialen Gesetze und Fortschritte begonnen wurden, die bis heute noch wirken – und gerade deshalb von den Neoliberalen, durch Industriellenvereinigung und ihrer FPÖVP-Regierung, abgeschafft werden sollen.

2018 begeht Österreich den 63. Jahrestag der Erklärung seiner Neutralität. Die immerwährende Neutralität wurde erklärt als Folge von zwei verheerenden Weltkriegen und dem Wunsch der österreichischen Bevölkerung, nicht mehr an Deutschland und/oder an Großmächte angeschlossen zu werden, nicht mehr mitzumarschieren, nicht mehr für Großmachtinteressen in Kriege gezwungen zu werden. **90% der ÖsterreicherInnen sind für die Neutralität.**

**Nie wieder Faschismus,
nie wieder Krieg!
Für ein neutrales,
unabhängiges und
demokratisches
Österreich!**

(aus: ÖSK-Zeitung Nr. 136, Februar 2018)

*

**Kundgebung
12. März 2018
17.30 Uhr
Stock-im-Eisen-Platz
1010 Wien**

**1933 - Ausschaltung des Parlaments
1938 - Auslöschung Österreichs
2018 - Nie wieder Faschismus,
nie wieder Krieg
Für ein neutrales, unabhängiges
und demokratisches Österreich!**

*

Verbreiten, teilnehmen!